

TAB INTERN

ÖFFENTLICHE AUSSCHUSS- SITZUNG ZUM TAB-BERICHT »CLIMATE ENGINEERING«

Die Ausgangsfrage des TAB-Projekts lautete: Unter welchen Bedingungen könnte Climate Engineering – d.h. die absichtliche und gezielte technische Intervention in das Klimasystem in großskaligem bis globalem Maßstab – einen Beitrag zur Verhinderung eines unter Umständen folgenschweren Klimawandels liefern? Der im Frühsommer 2014 vorgelegte TAB-Arbeitsbericht Nr. 159 zeigt, dass es keine einfachen Antworten auf diese Frage gibt, auch weil die verschiedenen Optionen des Climate Engineering den klimapolitischen Handlungsspielraum grundlegend verändern würden. Deutlich wird vielmehr die dringende Notwendigkeit einer breiten Diskussion darüber, ob überhaupt bzw. welche Ansätze des Climate Engineering ggf. weiter verfolgt und welche Risiken dafür von der Gesellschaft in Kauf genommen werden sollen.

Um diesen Diskurs zu befördern und angesichts der möglichen Bedeutung des Themas für die zukünftige Klimaschutzpolitik hatte sich der zuständige Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Durchführung einer öffentlichen Ausschusssitzung am 24. September 2014 entschieden. Anhand der Leitfrage »Welche weiteren (politischen) Schritte sind im Umgang mit Climate Engineering notwendig?« entspann sich eine vom Leiter des TAB, Prof. Dr. Armin Grunwald, moderierte Diskussion zwischen den Berichterstattern für TA der Fraktionen, weiteren Parlamentariern, Experten aus Wissenschaft und Politik, den Autoren des TAB-Berichts (Dr. Claudio Caviezel u. Dr. Christoph Revermann) sowie anderen Teilnehmenden. Im Verlauf der Diskussion äußerten sich sowohl die Vertreter der Politik als auch die ein-

geladenen Sachverständigen kritisch oder gänzlich ablehnend zu Climate Engineering. Mehr oder weniger unisono wurde bezweifelt, dass die verschiedenen Technologien des Climate Engineering, die zudem noch ganz am Anfang konzeptioneller Überlegungen bzw. Erforschungen stehen, letztlich ein probates Mittel sein könnten, den CO₂-Ausstoß effektiv zu begrenzen (»carbon dioxide removal« [CDR]) oder die globale Temperatur durch Interventionen in den Strahlungshaushalt der Erde zu senken (»radiation management« [RM]). Alle Seiten folgten aber der Einschätzung des TAB, dass man dennoch die gesellschaftspolitischen Diskussion (jetzt) angehen und führen müsse. Die öffentliche Ausschusssitzung wurde vom Parlamentsfernsehen aufgezeichnet (<http://dbtg.tv/cvid/3875870>).

Im weiteren Verlauf der parlamentarischen Beratungen zum TAB-Bericht wurde das Thema Climate Engineering in der Plenardebatte vom 29. Januar 2015 aufgerufen. Die Berichterstatter für TA und weitere Abgeordnete legten ihre Schlussfolgerungen aus dem Bericht dar und debattierten über den weiteren Umgang mit diesen Technologien. Für Dr. Philipp Lengsfeld (CDU/CSU) zeigte der Bericht, dass die Technologien unkontrollierbar seien und folglich keine Option zur Klimarettung darstellten. Weil darüber hinaus laut TAB-Bericht die Ziele der internationalen Klimapolitik durch Mitigation vermutlich gar nicht mehr erreichbar seien, sollten die Kräfte vielmehr auf die Entwicklung nachhaltiger Strategien zur Anpassung an die kommenden Veränderungen durch den Klimawandel gerichtet werden. Auch für Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE) birgt Climate Engineering zu viele Risiken, da Eingriffe in Wetter und Klima nicht berechenbar seien. Sie erinnerte an den Satz von Albert Einstein, man solle sich davor hüten, »die Wissenschaft und

wissenschaftliche Methoden zu überschätzen, wenn es um Menschheitsprobleme geht«. Dass die Auswirkungen dieser Technologien völlig unklar und Fragen der Regulierung von Climate Engineering bisher ungeklärt seien, schlussfolgerte René Röspel (SPD) aus dem TAB-Bericht. Er folgte der Einschätzung des TAB, dass Deutschland zu Climate Engineering weiter forschen sollte, nicht um Anwendungen voranzutreiben, sondern um Auswirkungen besser beurteilen und bei internationalen Diskussionen kompetent mitreden zu können.

Die auf den ersten Blick verlockende Idee des Climate Engineering sei auch nach Ansicht von Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) eine Seifenblase, weil viel zu wenig darüber bekannt sei, ob Climate Engineering in der Praxis jemals funktionieren könne und welche Risiken, Nebenwirkungen und Kosten dadurch entstünden. Deswegen brauche es – wie auch der TAB-Bericht konstatierte – eine internationale Verständigung über den Umgang mit diesen Risikotechnologien. Im Zusammenhang mit der Einschätzung des TAB, dass weitere Forschungsanstrengungen zur Bewertung von Climate Engineering angemessen scheinen, stellte Sybille Benning (CDU/CSU) die Frage in den Raum, ob eine adäquate Bewertung ohne empirische Forschung überhaupt machbar sei. Sie gab zu bedenken, dass eine großskalige Feldforschung Infrastrukturen und Netzwerke entstehen lassen könnte, aus denen sich gewisse Pfadabhängigkeiten ergeben könnten. Eine einmal geöffnete Büchse der Pandora schließe sich aber nicht mehr so leicht.

Der TAB-Bericht wurde zur weiteren Beratung an eine Reihe von Ausschüssen, darunter der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und der Ausschuss für Wirtschaft und Energie, überwiesen.

PLENARDEBATTE ZUM TAB-BERICHT »FERNERKUNDUNG«

Nachdem der TAB-Arbeitsbericht Nr. 154 (Autorin: Dr. Katrin Gerlinger) bereits zum Ende der 17. Legislaturperiode formal vom Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung abgenommen und als Bundestagsdrucksache Nr. 18/581 veröffentlicht worden war, ruhte zunächst die weitere parlamentarische Befassung. Nach dem Wechsel der Legislaturperiode band die Dynamik des Ebolaausbruchs mit der anfänglich verzögerten internationalen gesundheitspolitischen Wahrnehmung und Reaktion erhebliches politisches Engagement im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Dass in dieser Konstellation dem TAB-Bericht – mit einem viel weniger tagesaktuellen und dramatischen Thema – dennoch eine 40-minütige Aussprache in der Plenardebatte vom 17. Oktober 2014 eingeräumt wurde, überraschte, zumal »traditionell« die Studien des TAB vor allem in den fachspezifischen Gremien, insbesondere in den Ausschüssen, diskutiert und aufgegriffen werden.

Nahezu einhellig wurde der TAB-Bericht dafür gelobt, einen sehr umfassenden Überblick über den Stand der technologischen Entwicklung zu geben sowie zahlreiche Möglichkeiten für Kooperationen mit Afrika in diesem Bereich vorzustellen. Damit liefere er ein solides Fundament für vielfältige Argumente und Handlungsoptionen. Breite Zustimmung erfuhr vor allem das Argument, dass Entwicklungsländer in die Lage versetzt werden sollen, verfügbare Satellitendaten selbstständig auszuwerten und für sich nutzbar zu machen. Insbesondere der dafür notwendige Datenzugang und die Entwicklungskooperationen zum erforderlichen Kapazitätsaufbau und Technologietransfer wurden in den Beiträgen der Redner explizit aufgegriffen.

Tobias Zech (CDU/CSU) bezeichnete Weltraumtechnik als lebensnotwendig und Fernerkundungstechnologie als die Zukunftstechnologie, um die Erde genauestens zu erfassen und an Lösungen zu globalen Herausforderungen unserer Zeit zu arbeiten. Die Annahme, dass sich diese Technologie allein tragen könne, nannte er ein großes Missverständnis. Satellitendaten gehören zur Infrastruktur, die Wertschöpfung beginne erst mit der Datenauswertung, nicht mit dem Bau der Satelliten. Als Konsequenz forderte er ein staatliches Mandat, das den freien Zugang zu diesen Daten sichert.

Auch Niema Movassat (DIE LINKE) konzentrierte sich in seinen Äußerungen auf den Datenzugang. Er vertrat die Auffassung, dass in der derzeitigen Anwendungspraxis das »Recht des Stärkeren« gelte, da Satellitenbetreiber ohne Einwilligung territoriale Daten erheben können und ihnen Urheberrechte an den gewonnenen Daten gewährt werden. Dies benachteilige vor allem Entwicklungsländer, die über diese Technologie nicht verfügen. Als zynisch bezeichnete er es, wenn zugleich einige Industrieländer versuchten, hoheitsrechtliche Ansprüche auf hochauflösende Daten zu ihren Territorien aus Sicherheitsgründen geltend zu machen. Er sprach sich ebenfalls gegen nationale Privatisierungstendenzen der Technologie aus und forderte einen freien Zugang, insbesondere zu Satellitendaten, die durch gemeinschaftliche Anstrengungen europäischer Initiativen und Organisationen entstehen.

Gabriela Heinrich (SPD) vertrat die Meinung, dass die Datenveröffentlichung eine Voraussetzung ist, um die vielfältigen Anwendungspotenziale der Fernerkundung tatsächlich zu realisieren. Sie griff einzelne Handlungsoptionen des TAB-Berichts auf und mahnte eine bessere Koordination der deutschen Technologie-, Wirtschafts-, Wis-

senschafts- und Entwicklungspolitik an. Ebenso forderte sie, dass bei der Weiterentwicklung der Weltraumstrategie sowohl Auswerte- und Anwendungstechniken als auch entwicklungspolitische Fragen stärker berücksichtigt werden sollen. Der TAB-Bericht sei das beste Argument dafür.

Uwe Kekeritz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wies darauf hin, dass sich die Fernerkundungstechnologie bereits seit Jahrzehnten entwickelt und wie jede Technologie auch die Gefahr birgt, missbraucht zu werden. Seiner Meinung nach sei es nicht »unsere Aufgabe, Regeln und Methoden zu finden, wie man diesen Missbrauch eingrenzen kann. Da müssen Experten ran«. In den Beratungen der Fachausschüsse solle man sich der Situation der auf viele Ressorts verteilten Zuständigkeiten für Fernerkundungsaktivitäten zuwenden. Er plädierte dafür, die Aktivitäten Deutschlands in der Bundesregierung zu bündeln und mit denen der EU-Partner zusammenzuführen. Auch griff er die im TAB-Bericht dargestellte Grenze der Fernerkundung auf, die lediglich vielfältige Informationen zu bestimmten Entwicklungen liefern könne. Diese zum Wohle der Menschen zu nutzen, sei nach wie vor Aufgabe politischer Entscheidungsträger.

Nachdem Charles M. Huber (CDU/CSU) auf die Bedeutung des »Capacity Building vor Ort«, vielfältige afrikanische Initiativen der digitalen Wirtschaftsentwicklung und die besondere Eignung der europäischen Fernerkundungsinstitutionen hingewiesen hatte, erläuterte Dr. Philipp Lengsfeld (CDU/CSU) abschließend die Verfahren der parlamentarischen TA und die Aufgaben der Parlamentarier und des TAB. Am Ende der Debatte wurde der TAB-Bericht zur weiteren Befassung an die Ausschüsse überwiesen.

Drei Nachrichtenkanäle des Deutschen Bundestages (hib-Nachrichten,

Das Parlament und die Jugendredaktion des Bundestages »Mitmischen« nahmen die Plenardebatte zum Anlass und berichteten über den TAB-Bericht. Die Debatte kann im Plenarprotokoll 18/61 nachgelesen oder als Audiodatei (<http://dbtg.tv/fvid/3992932>) verfolgt werden.

Der federführende Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung diskutierte in der Sitzung am 25. Februar 2014 noch einmal den TAB-Bericht mit der Autorin im Beisein von Vertretern des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Gemeinsam mit dem TAB-Bericht wurde ein Statement zur Digitalisierung in Entwicklungsländern der Stiftung Neue Verantwortung diskutiert. Nach einzelnen Nachfragen der Parlamentarier (z.B. zu »best practices« des europäischen Fernerkundungstechnologieführers Frankreich) drehte sich die Diskussion verstärkt um die Bedeutung von IKT und digitalen Aktivitäten in der Entwicklungszusammenarbeit. Trotz des derzeitigen Trends zur Digitalisierung lobte die Ausschussvorsitzende, Dagmar Wöhrl (CDU/CSU), das neue TAB-Publikationsformat »TAB-Fokus«, den man nicht nur elektronisch, sondern nach wie

vor auch in gedruckter Form beziehen und analog verwenden kann. Der Prototyp wurde zum Fernerkundungsbericht angefertigt.

TAB-BERICHTE IM BUNDESTAG

Der TAB-Arbeitsbericht Nr. 161 »Inwertsetzung von Biodiversität« wurde am 3. Dezember 2014 im Bundestag in der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung präsentiert und vom Ausschuss abgenommen. Er ist als Bundestagsdrucksache Nr. 18/3764 erschienen. Im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wurde er am 4. März 2015 unter dem Tagesordnungspunkt Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Waldschädigung (»reducing emissions from deforestation and forest degradation« [REDD+]) mitdiskutiert.

Der TAB-Arbeitsbericht Nr. 157 »Technischer Fortschritt im Gesundheitswesen: Quelle für Kostensteigerungen oder Chance für Kostensenkungen?« ist als Bundestagsdrucksache Nr. 18/4283 erschienen.

Im Ausschuss für Wirtschaft und Energie wurden die TAB-Arbeitsberichte Nr. 150 »Die Versorgung der deutschen

Wirtschaft mit Roh- und Werkstoffen für Hochtechnologien – Präzisierung und Weiterentwicklung der deutschen Rohstoffstrategie« am 12. November 2014 und Nr. 147 »Regenerative Energieträger zur Sicherung der Grundlast in der Stromversorgung« am 14. Januar 2015 abschließend beraten.

NEUER MITARBEITER IM TAB

Dr. Steffen Albrecht arbeitet seit Oktober 2014 als Wissenschaftler im TAB. Er studierte Soziologie (Dipl.), Philosophie, Politik- und Literaturwissenschaft an der Universität Hamburg. Nach einer Beschäftigung als Usability Consultant forschte er an der Technischen Universität Hamburg-Harburg, wo er 2009 mit einer Arbeit über die Architektur und Dynamik politischer Diskurse im Internet promovierte. Als Postdoc arbeitete er an der Freien Universität Berlin, der Technischen Universität Dresden und war Projektleiter für Online-Bürgerbeteiligung bei der ZebraLog GmbH & Co KG. Nachdem er bereits im September 2013 Mitarbeiter am ITAS im SYNENERGENE-Projekt zur Synthetischen Biologie wurde, bearbeitet er im TAB neben diesem Thema insbesondere Fragen der Bürgerbeteiligung und der digitalen Kommunikationsmedien.